

# KEIN MACHTWECHSEL IN BURMA!

Bekanntlich sah sich die Ranguner Militärdiktatur nach dem bestialischen Massaker im September 1988 gezwungen, das aufgebrauchte burmesische Volk zu beschwichtigen. Dazu diente das Versprechen "freier Wahlen" zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates.

Die am 18.8.88 neu gebildete Junta lehnte es anfangs rundweg ab, den Wahltermin festzulegen. Erst als die Kritik - auch aus dem Ausland - zu stark wurde, benannte sie widerwillig den 27. Mai 1990 zum Wahltag. In diesen 18 Monaten von der Juntabildung bis zur Wahl waren unverhohlene Staatsterrorakte und Verstöße gegen die Menschenrechte an der Tagesordnung (SOAI 1/90, S. 34-35). Aus diesen Gründen glaubte niemand, daß die Wahlen überhaupt stattfinden würden.

Die Junta, sie nennt sich SLORC (the State Law and Order Restoration Committee), versetzte Beobachter in Erstauen, als sie am Vorabend des Wahltages 60 ausgewählte ausländische Journalisten (darunter allerdings kein regimekritischer), Photographen sowie Fernsichtteams nach Rangun einlud - gleichwohl durften die "Ehregäste" die Hauptstadt nicht verlassen (The Times, 28.5.90). Dies wird allgemein als Versuch gewertet, den Wahlen einen Hauch von Glaubwürdigkeit und weltbürgerlichem "Flair" zu verleihen. Es war eine Überraschung ersten Ranges, daß es am Wahltag keinerlei Störungen gab. Aufgrund der in den vergangenen 18 Monaten erlebten Schikane waren eigentlich Wahlbetrügereien - welcher Art auch immer - erwartet wor-

den.

Schon die erste Auswertung der Stimmen einiger Wahllokale deutete auf einen uneinholbaren Vorsprung der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) hin (The Times, The New York Times International, The Washington Post 28.5.90). Sofort stellte sich die Frage, wie und wann die Obrigkeit den Übergang zu einem demokratischen System vorzunehmen gedenke. Die Antworten des SLORC waren bestenfalls widersprüchlich, dies wiederum nährte die Skepsis über die Glaubwürdigkeit der Armee.

"Es hängt nur von den gewählten Volksvertretern ab, wie früh sie das Regierungsgeschäft in Anspruch nehmen möchten", meinten Regierungssprecher U Kyaw Sann und Col Ye Htut dazu am 29.5.90, "Ob das SLORC weiter existieren soll oder nicht, wird das neue Parlament entscheiden. Im Gegensatz dazu stand die Äußerung von Vizeaußenminister U Ohn Kyaw am selben Tag: "Es gibt noch keine neuen Gesetze. Das SLORC wird die Gesetzgebung bestimmen." Hinzu kam noch die zweideutige Erklärung des Juntachefs General Saw Maung vom 31.5.90: "Die Armee wird sich weiterhin um die Sicherheit, die Transportbedingungen und die Lebensmittelversorgung des Landes kümmern. Jeder, der uns bei der Erfüllung unserer Aufgabe, den Zerfall des Landes zu verhindern, die nationale Souveränität aufrechtzuerhalten und die Einheit der Nation zu bewahren, stört, wird nicht toleriert." (Dawn, Juni, Band 2, Nr. 12, 1990; The NYT International 29.5.90). Im

Klartext heißt das: Die Wahlen bedeuten nichts. So hat das SLORC wissen lassen, daß das Militär sich das Recht nimmt, zu oktroyieren (The NYT International, 6.7.90).

Die illegitime Forderung, die das SLORC bereits im April gestellt hat, lautet: Zunächst muß eine einwandfreie Konstitution verabschiedet werden, anschließend die Regierungsbildung und erst ganz zum Schluß der Machtwechsel (Bangkok Post, 12.6.90) vollzogen werden.

Was die endgültigen Wahlergebnisse angeht, so hat das Volk eindeutig gegen die Militäreiliten votiert. Die NLD erhielt 392 von 447 Parlamentssitzen, also 82,5%. Ihre Widersacherin, die National Union Party - unterstützt vom SLORC - bekam ganze 10 Sitze - gerade mal 10 % der Stimmen.

Zu den ersten Gratulanten der NLD zählen Präsident Bush, US-Außenministerium und -Kongreß, die Europäische Gemeinschaft, die Regierungen von Kanada, Australien, Indien, Japan und Thailand (Burma Review, Juni '90; FEER, 21.6.90; Bangkok Post, 5.7.90). All diese Grußadressen enthalten zwei Forderungen: Zum einen die Freilassung aller politischen Gefangenen, allen voran Frau Aung San Suu Kyi als Führungsfigur der NLD und der Nation, zum anderen eine rasche Machtübergabe.

In Anbetracht der jahrelangen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Burma und der VR China, war die Gratulation des chinesischen Botschafters Cheng Rui-Sheng zum großartigen Wahlsieg der NLD, in der er betonte, daß er die Freilassung von Aung San Suu Kyi begrüßen würde, mehr als eine Überraschung (Bangkok Post 13.7.90). Besonders hervorzuheben sind auch die Spenden Kanadas (100.000 US\$) und Australiens (75.000 US\$) für burmesische Flüchtlinge.

In Burma selbst befindet sich die Hauptopposition in einer schwierigen Lage: Die Partei ist führunglos, die Bevölkerung verliert allmählich die Geduld und wird langsam unruhig, was auch für die bewaffneten Widerstandsgruppen gilt. Bo Mya, der Präsident der Demokratischen Allianz Burmas (DAB), die sich aus 21 verschiedenen Gruppen - überwiegend den ethnischen Nationalitäten - zusammensetzt, warnte vor kurzem ausländische Geschäftsleute und Unternehmer davor, mit den Militärs in Rangun zu kooperieren. "Wer mit dem Regime Handel treibt, muß die Konsequenzen tragen", erklärte er (The Nation, 16.9.90). Die Erklärungen, die Ne Wins Eliten in Uniform in den letzten Wochen vor der Presse äußerten, beinhalteten noch mehr Macht und Befugnisse für das Militär. Sie lassen den Schluß zu, daß es



"Die burmesischen Mönche feiern Aung San Suu Kyi's Wahlsieg"

Foto: Asia week, 22.06.90

keinen Übergang zur rechtsstaatlichen Demokratie geben wird. Juntachef General Saw Maung: "Die Regierung wird bei der Ausarbeitung des Konstitutionsentwurfes die beratende Funktion übernehmen und Hilfeleistungen stellen", (Bangkok Post 5.7.90). Der erste Sekretär des SLORC, Brigadegeneral Khin Nyunt, erklärte am 13.7.90: "Frau Aung San Suu Kyi wird in naher Zukunft nicht entlassen. Die Konstitution muß ratifiziert werden und bedarf der Zustimmung des SLORC" (Bangkok Post 15.7. und 18.7.90). Am 27.7.90 äußerte Khin Nyunt: "Auf gar keinen Fall erhält eine Partei die drei Bereiche Staatsführung, Staatsverwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung. Das neu zu bildende Parlament hat lediglich die Aufgabe, eine Konstitution auszuarbeiten" (SLORCs Declaration No. 1/90; Emirates News 8.8.90).

Wenn dem so ist, bleibt die Frage: Warum überhaupt die Wahlen, was sollte der ganze Aufwand? Die Reaktion der immer zorniger werdenden Bevölkerung ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Zu einer von der NLD einberufenen Konferenz kamen trotz des Versammlungsverbotes rund 10.000 Anhänger (Emirates News, 31.7.90).

Mittlerweile gerät die NLD in die Zwickmühle: Einerseits muß sie unbedingt auf ihrem Recht bestehen, eine neue Regierung zu formieren, notfalls auch dafür zu kämpfen, sonst wird sie einen Teil ihrer Anhängerschaft verlieren; andererseits muß sie vorsichtig genug sein, das Regime nicht zu provozieren und unnötiges Blutvergießen zu vermeiden.

Vom 7.-8.8.90 fand in Mandalay, der zweitgrößten Stadt Burmas eine Demonstration statt, an der sich etwa 5000 junge Leute beteiligten. Vier Demonstrationsteilnehmer - zwei Mönche und zwei Studenten wurden von Sicherheitskräften erschossen. Nach offizieller Darstellung sind dies allerdings "bloße Gerüchte skrupelloser Elemente" (Int. Herald Tribune, Frankfurter Rundschau, 9.8.90).

Michael Adler faßte in der International Herald Tribune die Ereignisse um die Wahlen in Burma wie folgt zusammen: Die herrschende Armee habe den Wahlausgang falsch eingeschätzt. Sie werde die Wahlergebnisse ignorieren. Die Wahlen seien abgehalten worden, um Kritiker in aller Welt zu besänftigen. Bei den Wahlen hätten die Burmesen bewiesen, daß sie politisch erwachsen sind. "Wie lange", so fragte sich der Verfasser, "kann ein entrechtetes Volk ohne Revolution oder tatkräftige internationale Solidarität weiter leben?"

**Kyaw Than**



"Burmische Dissidenten protestieren vor ihrer Botschaft in Bangkok"

Foto: Bangkok Post, 08.08.90

## Kommentar

### Handelsembargo!

Zorn, Unmut und Frustration des burmesischen Volkes machen sich von Tag zu Tag breiter, denn auch nach dem herausragenden Wahlsieg der Opposition muß noch auf den versprochenen und lang ersehnten Wechsel vom militärischen Despotismus zur rechtsstaatlichen Demokratie gewartet werden. Die fürchterlich untaugliche Regierungsclique in Rangun beharrt nach wie vor vehement auf ihrer Willkürherrschaft, ist apodiktisch in ihrer Überzeugung, die begnadete Bewahrerin der Nation zu sein.

Unterdessen wächst die Spannung zwischen Volk und Militär. Heftige Auseinandersetzungen, noch wahrscheinlicher gewalttätige Konflikte bis hin zum Bürgerkrieg sind denkbar geworden.

Folglich lautet die aktuellste Frage: Was tun, um diese brisante Lage zu entschärfen, wie kann eine friedliche Lösung herbeigeführt werden?

Hierzu kann das Ausland wesentlich, vielleicht sogar entscheidend beitragen. Gewiß, es ist mit Entrüstungen, Empörungen oder Appellen allein nicht getan. Die militärischen Eliten haben internationalen politischen Druck bislang noch nie zur Kenntnis genommen oder darauf reagiert. Demzufolge muß die Ultima ratio Handelsembargo heißen! Zugegeben, ein Embargo als solches wird in der letzten Zeit eher als harmlos betrachtet, es gibt jedoch Ausnahmen. Aus der jüngsten Erhebung über die Auswirkungen von Handelssanktionen geht hervor, daß die Erfolgchancen derartiger Maßnahmen durchaus beachtlich sind, wenn es sich um kleinere Diktaturen han-

delt Ne Win und seine Schergen in Uniform sind auf dem Wirtschaftssektor nachhaltig verwundbar. Dies ist aus einigen Wirtschaftsdaten einfach abzuleiten: Bruttoinlandsprodukt (BIP) rund 10 Mrd. US\$; Auslandsschulden (1986/87) über 40 % des BIP; Exporterlöse 300 bis 400 Mio. US\$ (Die Hauptexportgüter Teak und Reis machen zusammen über 60 % des Gesamtexporterlöses aus); Schuldendienst 60-90 % der Exporterlöse; Devisenreserve (1986/87) 29 Mio. Sonderziehungsrechte - SZR (entsprachen während des Pogrom-Jahres 1988 10 Mio. US\$).

Um den Devisenfluß nach Burma zu unterbinden - was gleichbedeutend mit dem Ende des diktatorischen Regimes wäre -, sind zwei Voraussetzungen zu erfüllen: Zum einen muß der Direktimport aus Burma gestoppt werden, zum anderen der Import von Waren, die aus burmesischen Rohstoffen hergestellt sind. Diese Maßnahmen wären deshalb so verheißungsvoll, weil die Opfer, die die einzelnen Staaten ebenso wie die Mitgliedsländer der EG und der OECD wegen des Handelsausfalls in Kauf nehmen müßten, verschwindend gering sind - aber der Gewinn wären Freiheit und Demokratie für ein Land mit 40 Mio. Einwohnern!

**Kyaw Than**

*Der Autor ist Ingenieur und lebt seit 1969 in der Bundesrepublik. Er ist Vizevorsitzender des Committee for the Restoration of Democracy in Burma (CRDB) und 2. Vorsitzender der Deutsch-Burmesischen Gesellschaft.*